

Arbeitsplatz-Kahlschlag droht im Druckhaus der NW

WORTE: In ihrem Bundestags-Wahlprogramm verhieß die SPD:

„Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden. ...“

TATEN: Bei der Verlagsgruppe Neue Westfälische (Mehrheitsgesellschafterin mit 57,5 Prozent: SPD) erleben die Beschäftigten schon seit Jahren das Gegenteil: Tariffucht durch Ausgliederung von Verlagsabteilungen. In der Zeitungszustellung: Verweigerung eines Tarifvertrages, unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit, seit Jahren keine Lohnerhöhungen.

Bei Küster-Pressedruck, dem Druckhaus der NW, wurde nun eine laufende Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung vorzeitig gekündigt. Druckern und Hilfskräften drohen „betriebsbedingte“ Kündigungen. 42 Einlegerinnen sind angeblich „zu teuer“ und sollen durch Billiglöhner einer Fremdfirma (Werkvertrag!) ersetzt werden.

FAZIT: Die SPD beteiligt sich an Tariffucht und der Einführung von Dumpinglöhnen! Das neue Motto nach den Wahlen: Was kümmert mich heute mein Wahlgeschwätz von gestern.

Die Beschäftigten von Küster-Pressedruck werden sich nicht kampflos über den Tisch ziehen lassen. Sie beschlossen auf einer ver.di-Mitgliederversammlung gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau offensiv vorzugehen und fordern einen Sozialtarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Darüber stand bisher und wird wohl auch in Zukunft nichts in der NW stehen. Es gibt halt Grenzen in der „freien“ Berichterstattung, wenn es um die eigenen Profite geht.

Hans-Dietmar Hölscher
Zeitungszusteller NW Logistik

1675 Zeichen (1500 Zeichen waren geplant)

Letzte Änderung Redaktion: 8. 11. 2013